

Ergebnisse der Präsentation zum gesetzlichen Mindestlohn

<i>Pro gesetzlicher Mindestlohn</i>	<i>Contra gesetzlicher Mindestlohn</i>
<p><i>Allgemein:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ in 18 von 25 Staaten der EU gibt es bereits einen gesetzlichen Mindestlohn ▪ in diesen 18 EU-Staaten gab es keine negativen Auswirkungen durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes <ul style="list-style-type: none"> → keine Auswirkung auf die Arbeitslosenquote → keine erhöhte Anzahl von Unternehmensinsolvenzen ▪ in anderen Ländern ohne Mindestlohn gibt es eine stärkere Tarifbindung als in Deutschland ▪ 2,5 Millionen Deutsche arbeiten im Niedriglohnsektor ▪ eine deutsche Studie besagt, dass 57% der Befragten für einen gesetzlichen Mindestlohn sind <p><i>Argumente:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Auseinanderdriften der Gesellschaft in „arm & reich“ begrenzen ▪ Stärkung der Binnennachfrage / verbesserte Kaufkraft <ul style="list-style-type: none"> → mehr Umsatz → neue Arbeitsplätze ▪ Staat muss weniger Transferleistungen zahlen / muss Armut nicht ausgleichen ▪ Schutz vor Sozialdumping / Armutslöhne vermeiden <ul style="list-style-type: none"> → für die Mitversorgung einer Familie reicht der Lohn von vielen Arbeitnehmern nicht aus ▪ viele Arbeitsplätze können gar nicht ins Ausland verlagert werden (z.B. Dienstleistungen) ▪ AN haben keine faire Verhandlungsposition / können nicht gleichberechtigt mit dem AG verhandeln ▪ ... 	<p><i>Argumente:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Tarifaautonomie würde ausgehebelt werden ▪ Schwarzarbeit wird zunehmen ▪ Arbeitsplatzabbau – besonders im Bereich der Geringqualifizierten <ul style="list-style-type: none"> → Rationalisierung → Dienstleistungsimport → Verlagerung der Produktion ins Ausland ▪ besser „working poor“ als nur „poor“ <ul style="list-style-type: none"> → durch Arbeitsplatzverlust entsteht ein Verlust an Lebenszufriedenheit ▪ es entsteht eine Kontrollbürokratie <ul style="list-style-type: none"> → Kontrolle der Einhaltung des Mindestlohnes ist zu personal- & kostenaufwändig ▪ Jugendarbeitslosigkeit steigt (→ Frankreich) ▪ der Markt sorgt für die „richtigen“ / leistungsgerechten Löhne <ul style="list-style-type: none"> → Beschäftigte werden stets entsprechend ihren Leistungen bezahlt ▪ es dürfen nicht alle Unternehmen über einen „Kamm geschoren“ werden <ul style="list-style-type: none"> → es müssen regionale Wirtschaftsunterschiede berücksichtigt werden (z.B. Nord – Süd, Ost – West) → die Unternehmensgröße muss berücksichtigt werden (Kleinunternehmen gehen bei einem gesetzlichen Mindestlohn unter) ▪ Insolvenzen werden zunehmen ▪ durch die negativen Folgen (Schwarzarbeit / Arbeitsplatzabbau) sinken die Staatseinnahmen ▪ ...